

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 322

Einwohnerratssitzung vom Montag, 23. Juni 2003, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	40 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	--
Vorsitz	Stefan Löw, Präsident
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Hansueli Schwob

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|-----|--|-------|
| 1. | Entwicklungskonzept „Pratteln Mitte“ / Strategie zur Entwicklung der Arbeitsgebiete / Ergänzungsvorlagen | 2251 |
| 2. | Wahl der Büromitglieder für das Amtsjahr vom 1.07.2003 bis 30.06.2004
- Präsidium
- 1. Vizepräsidium
- 2. Vizepräsidium
- zwei Stimmenzähler/innen - zwei Ersatz-Stimmenzähler/innen | *2257 |
| 3. | Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „Netzbodenstrasse 33“ | 2247 |
| 4. | Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „Schmiedeplatz“, schriftliche Antwort | 2248 |
| 5. | Rechnung 2002 | 2256 |
| 6. | Neues Bildungsgesetz: Information und Beschlussfassung für die Bereiche Kindergarten und Schulrat sowie Änderung der Gemeindeordnung, 1. Lesung | 2258 |
| 7. | Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, 2. Lesung | 2250 |
| 8. | QP Bahnhofplatz, 1. Lesung | 2255 |
| 9. | Neufassung des Strassenreglements der Gemeinde: Bericht der Spezialkommission zum Geschäft 2228, 1. Lesung | 2228 |
| 10. | Interpellation von Priska Forter betreffend „JMS“ | 2252 |
| 11. | Fragestunde (nach der Pause) | |

Neuer persönlicher Vorstoss:

- Motion von Siegfried Siegrist betreffend „Umnutzung Jugendhaus“

Mitteilungen

- Der Einwohnerratspräsident begrüsst Herrn **Rolf Wirz** (CVP) als neues Ratsmitglied.
- Als neuer Fraktionspräsident der CVP amtet ab sofort **Rudolf Meury**.

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Urs Hess beantragt die Absetzung von Geschäft Nr. 2258, damit die Räte noch etwas Zeit erhalten, das umfangreiche Geschäft zu studieren.

GR B. Stingelin: Das Dossier ist deshalb umfangreich, damit die Räte auch umfassend informiert sind. Die Beschlüsse (ausser die Anpassung der GO) sind notwendig, damit den involvierten Personen nach den Sommerferien ein guter Start ermöglicht wird.

Ruedi Brassel: Das Bildungsgesetz ist keine unbekannte Materie. Die Beschlüsse 1 – 2 sind dringlich, damit die Behörden weiterarbeiten können. Die Beschlüsse zur GO können durchaus verschoben werden.

Abstimmung

://: Mit 23 : 12 wird der Antrag von Urs Hess abgelehnt.

Geschäft Nr. 2251

Entwicklungskonzept „Pratteln Mitte“ / Strategie zur Entwicklung der Arbeitsgebiete

Aktenhinweis:

- Protokoll Nr. 321 vom 26. Mai 2003
- 2 Ergänzungsvorlagen des Gemeinderates vom 3. und 17. Juni 2003

Einwohnerratspräsident Stefan Löw erläutert dem Rat die beiden Ergänzungsvorlagen des Gemeinderates.

Heinz Schiltknecht stellt im Namen der SP-Fraktion folgenden Antrag zum Punkt 8.3: „Bei Bauvorhaben innerhalb des Gebietes „Pratteln Mitte“, welche die Verwirklichung der laufenden Planung (Umsetzung Entwicklungskonzept Pratteln Mitte) verunmöglichen oder erschweren könnten, wird der Gemeinderat aufgefordert, eine Planungszone (gemäss § 53 RBG BL) zu erlassen.“ Dieser Antrag ist im Gegensatz zum Antrag des Gemeinderates direkter und verbindlicher.

GP Willy Schneider: Zur zweiten Ergänzungsvorlage vom 17. Juni 2003: weil das Entwicklungskonzept vom Einwohnerrat nur zur Kenntnis genommen werden kann haben wir juristisch prüfen lassen, ob bei unserem Planungsvorgang überhaupt eine Planungszone erlassen werden könnte. Der vorliegende formelle Beschlussentwurf mit dem Auftrag für die Umsetzung in eine Nutzungsplanung ist nützlich für den Fall, dass während der Zeit der Erarbeitung des Nutzungsplanes eine Planungszone im Sinne von Beschluss 8.1 in Erwägung gezogen werden müsste. Damit geben Sie dem Gemeinderat einen offiziellen Auftrag für die Nutzungsplanung.

Urs Hess: Wir können beiden Ergänzungsvorlagen zustimmen.

Wolfgang Märki: Wir stehen nach wie vor hinter dem Konzept, verstehen aber nicht ganz, warum man den Gemeinderat mit Ergänzungsbeschlüssen anhalten will, die Planungszone zu erlassen. Der Paragraph 53 im Baugesetz regelt bereits das ganze Vorgehen. Man muss genau sagen, was in der Planungszone unterlassen werden muss, damit es der Planung nicht widerspricht. Wir finden einen zusätzlichen Beschluss unnötig.

GR Max Hippenmeyer: Der Erlass einer Planungszone ist ganz klar in der Kompetenz des Gemeinderates.

Ruedi Brassel: Es geht darum, dass der Gemeinderat ein klares Votum und die Unterstützung von Seiten des Einwohnerrates hat. Das hinter sich zu haben, ist in diesem Fall wichtig.

Erika Schaub kritisiert, dass über etwas abgestimmt werden soll, das nicht schriftlich vorliegt.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 8.1 Der Einwohnerrat nimmt das Entwicklungskonzept „Pratteln Mitte“ vom 6. Mai 2003 zur Kenntnis.

Siegfried Siegrist verlangt eine „Auszeit“.

(kleine Pause)

Urs Hess lehnt den Antrag der SP-Fraktion ab.

GP Willy Schneider erklärt **Rudolf Meury** den Unterschied zwischen der Nutzungszone und der Planungszone.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 8.2 Der Einwohnerrat erteilt dem Gemeinderat den Auftrag für die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes "Pratteln Mitte" (Erarbeitung der Nutzungsplanung und des Strassennetzplanes).

Heinz Schiltknecht: Zu unserem Antrag: die Klammerbemerkung (Entwicklungskonzept) muss sich auf die Umsetzung und nicht auf das Konzept beziehen. Im weiteren haben wir anstatt „zu prüfen“ die Formulierung „erlassen“ gewählt.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

Abstimmung/Gegenüberstellung:

://: Mit 19 : 18 Stimmen und 3 Enthaltungen obsiegt der Antrag des Gemeinderates.

Schlussabstimmung:

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 8.3 Bei Bauvorhaben innerhalb des Gebietes „Pratteln Mitte“, welche die Verwirklichung der laufenden Planung (Entwicklungskonzept, ER-Geschäft Nr. 2251) verunmöglichen oder erschweren könnten, wird der Gemeinderat aufgefordert, den Erlass einer Planungszone (gemäss § 53 RBG BL) zu prüfen.

**Geschäft Nr. 2257 Wahl der Büromitglieder für das
Amtsjahr vom 1. Juli 2003 bis 30. Juni
2004**

Rös Graf: Die SP-Fraktion empfiehlt Ihnen, Aldo Pavan als Einwohnerratspräsident zu wählen. Er hat schon zu vielen Themen im Einwohnerrat und in der Öffentlichkeit Stellung bezogen. Mit seiner Familie lebt er seit über zwanzig Jahren in Pratteln. Aldo Pavan kann seine Meinung vehement vertreten, versteht es jedoch, auch andere Meinungen anzuhören und gemeinsam nach neuen Lösungen zu suchen. Nebst seiner Aktivitäten im Einwohnerrat und in der GPK ist er auch in verschiedenen Vereinen engagiert.

Wahl:

Bei einem absoluten Mehr von 19 Stimmen wird mit 33 Stimmen als **Einwohnerratspräsident** für das Amtsjahr 2003/2004 gewählt:

://: **Aldo Pavan (SP)**

Aldo Pavan: Ich danke dem Einwohnerrat ganz herzlich für das ausgesprochene Vertrauen. Ich werde mich bemühen, ein guter Präsident zu sein. Ich fühle mich sehr geehrt, als quasi „doppelter Ausländer“, dieses Amt ausüben zu dürfen. Erstens als Thurgauer und zweitens als Sohn italienischer Emigranten. Ich fühle mich aber in erster Linie als Prattler. Ich lade alle Anwesenden herzlich ein, bei Risotto und Wein die Wahl im Saggladärne-Keller zu feiern.

Walter Biegger: Ruedi Handschin näher vorzustellen würde heissen, „Eulen nach Athen zu tragen“. Er hat sich in verschiedenen Vereinen und Verbänden sehr verdient gemacht. Ruedi Handschin ist ein Mann, der es gewohnt ist anzupacken und ich bitte Sie, ihn ehrenvoll zu wählen.

Wahl:

Bei einem absoluten Mehr von 19 Stimmen wird mit 36 Stimmen als **erster Vizepräsident** für das Amtsjahr 2003/2004 gewählt:

://: Ruedi Handschin (SVP)

Ruedi Handschin bedankt sich für das ausgesprochene Vertrauen und erklärt die Annahme der Wahl.

Rös Graf: Die SP-Fraktion schlägt Ihnen als zweiten Vizepräsidenten Werner Graber vor. Er lebt mit seiner Familie seit 23 Jahren in Pratteln. Werner Graber nimmt aktiv teil am Vereinsleben in der AGFF und in der NS und kennt unsere Gemeinde gut. Ich bitte Sie, Werner Graber zu wählen.

Wahl:

Bei einem absoluten Mehr von 18 Stimmen wird mit 34 Stimmen als **zweiter Vizepräsident** für das Amtsjahr 2003/2004 gewählt:

://: Werner Graber (SP)

Als **Stimmzähler** für das Amtsjahr 2003/2004 werden gewählt:

://: Roland Stebler (FDP) und Florian Reischenböck (SD)

Als **Ersatz-Stimmzähler** für das Amtsjahr 2003/2004 werden gewählt:

://: Urs Baumann (FDP) und Armin Streit SD)

Geschäft Nr. 2247

Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „Netzbodenstrasse 33“

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2247 vom 28. April 2003

GR Max Hippenmeyer: Heinz Schiltknecht schreibt, „An der letzten ER Sitzung hat GR M. Hippenmeyer gesagt, dass alle Mietzinse eingegangen sind.“ Das stimmt so nicht und ich verweise auf das Protokoll. Dort habe ich gesagt: „Nach meinem Wissen haben wir bis dato nicht auf Mietzinse verzichtet...“

Die Eurabco hat 14 Tage nach unserer Sitzung Konkurs gemacht. Folge dessen ist meine Antwort Nein. Wir haben bis heute nicht alle Mietzinse erhalten und es ist wahrscheinlich, dass wir hier gewisse Abschreibungen machen müssen. Die Eurabco war einer der ersten Mieter und ist lange Zeit immer ihren Verpflichtungen nachgekommen.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Heinz Schiltknecht: Mittlerweile ist bekannt, um was für eine Firma es sich handelt. Wie viel Geld ist noch ausstehend ?

GR Max Hippenmeyer: Unsere Forderungseingabe beim Konkursamt am 6. Juni für Miet- und Verzugszinse beträgt CHF 68'678.65. Das Verfahren ist noch hängig. Für die Gemeindesteuer haben wir eine Forderung gestellt von CHF 2'324.90.

Geschäft Nr. 2248

Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „Schmiedeplatz“, schriftliche Antwort

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2248 vom 28. April 2003
- Schriftliche Antwort des Gemeinderates vom 10. Juni 2003

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Heinz Schiltknecht: Wurde beim Verkauf der Wert der Liegenschaft anteilmässig berücksichtigt ? Der Baurechtsvertrag beinhaltet irgend wann den Heimfall. Das heisst, dass die Liegenschaft in den Besitz der Gemeinde übergeht.

GR Max Hippenmeyer: Meines Wissens wurde das nicht gemacht. Wir haben uns auf Paragraf 39 der GO gestützt.

Heinz Schiltknecht: Ich zweifle nicht an, dass der Gemeinderat das darf. Ich bitte Euch aber, beim nächsten Verkauf einer Baurechtsparzelle daran zu denken, dass ein Teil à conto Heimfall verlangt werden muss. Die Gemeinde hat ein Anrecht darauf und der Heimfall ist ein Teil des Verkaufspreises.

Geschäft Nr. 2256

Rechnung 2002

Aktenhinweis:

- Rechnung 2002
- Bericht der RPK vom 5. Juni 2003
- Bericht der Revisionsstelle ROD vom 20. Mai 2003

RPK-Präsident Urs Hess zitiert wörtlich aus dem „Bericht über die Prüfung der Verwaltungsrechnung 2002“ der RPK vom 5. Juni 2003 und bittet den Rat auf die Rechnung 2002 einzutreten und diese zu genehmigen.

GR Max Hippenmeyer: Angesichts der reich befrachteten Traktandenliste und um das Wahlfest des neuen Präsidenten nicht unnötig zu verzögern, habe ich ausnahmsweise auf eine Powerpoint-Präsentation der Rechnung verzichtet. Bei einem Defizit, das fast 3 mal grösser ist als im Vorjahr, herrscht ganz klar keine Freude! Sucht man nach den Gründen, stellt man schnell fest, dass die Ursachen grösstenteils ausserhalb unseres Einflussbereichs liegen. Am schwersten zu verdauen sind sicher die stark gestiegenen Kosten in der Sozialhilfe und bei den Beiträgen an die Bewohnerinnen und Bewohner der Alters- und Pflegeheime. Hier hatten wir Mehrkosten gegenüber dem Budget von rund CHF 1,4 Mio. zu verbuchen. Ausserdem rechneten wir mit CHF 600'000 mehr Finanzausgleich und der Anteil der kantonalen Steuern (z.B. Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuern) fiel mit CHF 526'000 tiefer als budgetiert aus.

Man kann mir jetzt vorwerfen, dass das Budget nicht realistisch und zu optimistisch war. Dazu nur folgendes: Leider haben wir nicht so grosse Reserven, dass man zum Beispiel bei den Sozialkosten locker 1 bis 2 Mio. Franken mehr budgetieren könnte um auf der sicheren Seite zu sein. Ein solches Vorgehen hätte zur Folge, dass ein Defizit unser Eigenkapital überschreiten würde und die Konsequenz wäre ein noch grösseres Streichkonzert und Steuererhöhungen. Ein Budget ist ein Führungsinstrument und überall dort, wo wir Einfluss nehmen konnten, bewegen wir uns im Rahmen des Budgets. So ist zum Beispiel der Sachaufwand absolut im Griff und beim Personalaufwand des Verwaltungs- und Betriebspersonals liegen wir trotz nicht budgetiertem Teuerungsausgleich sogar 0,6 % unter dem Budget. Die Mehrkosten von knapp CHF 300'000 im Vergleich zum Voranschlag sind einzig und allein auf den Anstieg der Lehrerröhne als Auswirkung des neuen kantonalen Personalreglements zurückzuführen. Das soll kein Werturteil über Lehrer und deren Löhne sein. Ich erwähne das nur, damit bei der Beratung des Lohnreglements daran gedacht wird, was für finanzielle Auswirkungen es für die Gemeinde haben kann, wenn man alle kantonalen Regelungen im Besoldungswesen übernehmen will.

Aber es gibt auch Erfreuliches: Die Spezialfinanzierungen schliessen alle positiv ab und der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen liegt über 100 %, so wie dies vom Gemeinderat angestrebt wurde. Im weiteren hat sich der Passivzinsaufwand pro Einwohner und Einwohnerin, trotz dem vor Jahresfrist angekündigten und auch eingetretenem Anstieg der Verschuldung, weiter reduziert und beträgt jetzt noch 97 Franken, gegenüber 230 Franken im 1999.

Der Hinweis der RPK auf die gemäss Revisionsbericht der ROD nach wie vor bestehenden Pendenzen wird vom Gemeinderat akzeptiert. Wir bemühen uns, diese rasch aufzuarbeiten und ich bin zuversichtlich, dass das nach dem Stellenantritt des neuen Verwalters auch möglich sein wird. Allerdings ist zu bemerken, dass mit der Verabschiedung der diversen Fondsreglemente durchaus ein wichtiger Schritt gemacht wurde. Bei den übrigen Pendenzen handelt es sich grösstenteils um Auflösungen von Rückstellungen aus früheren Zeiten, die das Rechnungsergebnis nur positiv beeinflussen werden. Es geht hier also keinesfalls darum, Unangenehmes vor sich hin zu schieben. Im Gegenteil: Hätten wir die notwendigen personellen Ressourcen gehabt, hätten wir auch diese Pendenzen erledigt; vor allem in Anbetracht des diesjährigen Abschlusses.

Die Rechnung ist Vergangenheit, der Blick in die Zukunft ist gefragt. Unser Eigenkapital hat sich gegenüber dem letzten Jahr um 45 % reduziert und beträgt jetzt noch etwas mehr als 1,6 Mio. Franken. Eine weitere Abnahme ist unbedingt zu vermeiden, wollen wir unseren kleinen Handlungsspielraum nicht verlieren. Eine strikte Budgetdisziplin und ein effizienterer Einsatz der Ressourcen auf allen Stufen und in allen Bereichen ist dringend notwendig. Und mit allen Bereichen schliesse ich neben der Verwaltung und dem Gemeinderat auch den Einwohnerrat mit ein. Im Klartext bedeutet das Ergebnis erstens: keine weiteren Defizite – die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. Zweitens müssen zusätzliche oder neue Aufgaben zwingend durch einen Verzicht oder Einsparungen in anderen Bereichen oder durch entsprechende Mehreinnahmen kompensiert werden.

Heinz Schiltknecht (mit Hellraumprojektor): Das ist der beste RPK-Bericht, den ich in diesem Rat je gesehen habe. Er ist sachlich, objektiv und zeigt alle kritischen Punkte auf. Wir vermissen aber, im Gegensatz zu früher, Tendenzen und Ausblicke. Im Auftrag der Fraktion möchte ich auf zwei Themen eingehen:

Zu den Steuereinnahmen: im Kommentar steht die Formulierung „Schätzung“. Fangen wir mit der Sozialhilfebehörde an. Ich habe die Unterstützungen, welche man gemäss Sozialhilfegesetz ausrichten muss, den Rückerstattungen gegenübergestellt. Das Resultat sind die Nettokosten der Gemeinde Pratteln. Wir sind heute genau im Trend wie in den Jahren 1993 – 1996. 1997 – 1999 herrschte Hochkonjunktur, die Wirtschaft boomte und wir hatten weniger Sozialhilfeempfänger. Ab dem Jahre 2000 verschlechtert sich die Situation. Das Abbild der Wirtschaft sehen wir genau bei den Sozialhilfeempfängern. Schauen wir das Steueraufkommen an. 1999 haben wir ein

Steueraufkommen von total 31,6 Millionen. Jetzt haben wir gemäss Rechnung ein Steueraufkommen von 31,8 Millionen. Warum sollten wir 2002 die gleichen Steuern wie 1999 haben ? Die Entscheidung über die Plausibilität überlasse ich Ihnen. Zu den Steuerguthaben: 1998 hatten wir 14 % und heute haben wir fast 40 %. Das heisst, 40 % aller Steuern sind als Guthaben verbucht. Jetzt können wir nur noch hoffen und inständig beten, dass alle diese Steuern auch eintreffen. Wenn das nicht der Fall ist, dann sieht die Bilanz im nächsten Jahr schlecht aus. Wir haben noch nicht alle Veranlagungen und es ist das erste Mal, dass dies so gemacht wird. Ich kritisiere deshalb auch nicht den Gemeinderat, weil es im Grunde genommen niemand weiss. Es ist jedoch ziemlich mutig, einen solchen hohen Betrag in die Rechnung aufzunehmen. Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die an dieser Rechnung mitgearbeitet haben.

Heinz Mattmüller: Wir haben die Rechnung nicht mit dem Budget sondern eher mit der letzten Rechnung verglichen. Die Mehrbelastung von 1,6 Millionen bei der Sozialfürsorge können ja unter Umständen durchaus vertretbar sein. Wir leben aber in einer Anspruchsgesellschaft und es gibt Leute, welche sich auf Kosten der Allgemeinheit ein bequemes Leben machen. Wir finden die Auslagerung des Sozialwesens an eine externe Firma problematisch. Für den Antragsteller ist die Hemmschwelle sicher kleiner als bei der Gemeinde. Es gibt eine gesetzliche Bestimmung, wonach ein Ausländer, der in erheblichem Masse und über längere Zeit der Fürsorge zur Last fällt, ausgewiesen werden kann. Wird diese Bestimmung konsequent angewendet und wie oft ? Zu den Dienstleistungen: Ich bin der Meinung, dass hier noch Optionen offen wären. Sei dies eine Reduktion, ein Abbau oder die kostenneutrale Ausgestaltung. Wir möchten die Rechnung genehmigen.

Rudolf Meury: Es kann doch nicht sein, dass ein so riesiges Defizit resultiert. Seit Jahren heisst es bei Bund, Kantonen und Gemeinden „fremdbestimmt“. Diese Gesetze machen wir und es ist eine „faule“ Ausrede, wenn man alles mit „fremdbestimmt“ begründet. Wenn wir gewusst hätten, dass wir ein solches Defizit ausweisen, dann wären die 3 Stellen „abgeschossen“ worden. Auch das Polizeiauto wäre nicht nötig gewesen. Seid doch ehrlich und sagen Sie uns, dass wir in ein Fiasko laufen. Ich frage Max Hippenmeyer, ob er die Kosten und Zahlen im Griff hat. Ich zweifle daran. Trotz allem genehmigen wir die Rechnung.

Markus Dalcher: Die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Abteilung Finanzen für die übersichtliche Präsentation mit den informativen Erläuterungen und der RPK für ihren Bericht. Zu den Steuereinnahmen: erfreulich ist die Entwicklung bei den natürlichen Personen. Wir befürchten jedoch, dass der Aufwärtstrend nicht anhalten muss. Inwieweit die Bemessungslücke beim Ergebnis mitgespielt hat, ist uns nicht bekannt. Wir vermuten, dass die Einkommensentwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung hinten nach hinkt. In den nächsten Jahren muss deshalb vorsichtig geplant werden. Die Steuern der juristischen Personen sind das unmittelbare Ergebnis der negativen wirtschaftlichen Entwicklung. Viele Unternehmen haben sich 2001 noch in der Aufbauphase befunden und wir rechnen in Zukunft mit einer positiven Entwicklung. Nicht zuletzt deshalb, weil die vom Kanton gewährten Steuererleichterungen in ein bis zwei Jahren auslaufen. Der Finanzausgleich ist mehr oder weniger ein Glücksspiel. Die überregionalen Aufgaben von Pratteln werden ungenügend entschädigt. Die ganze Bevölkerung des Kantons profitiert von unserer Zentrumsfunktion. Pratteln ist den reichen Gemeinden als soziales Auffangbecken sehr willkommen. Die reichen Gemeinden leben mit tiefen Steuersätzen im Wohlstand und Pratteln darf die sozialen Aufgaben wahrnehmen. Zum Dank resultiert ein um CHF 400'000.— tieferer Finanzausgleich. So kann das nicht weitergehen. Ich bitte die alten und die neuen Landräte, diese Situation in Liestal bekannt zu machen und Pratteln zu vertreten. Der massive Anstieg bei den Sozialkosten macht uns betroffen. Nicht nur wegen der Kosten, sondern auch wegen der Einzelschicksale, die sich dahinter verbergen. Die Erläuterungen sind für uns zu wenig genau. Wir wollen wissen, wo die Ursachen für den Anstieg

liegen. Besteht ein Zusammenhang mit der Auslagerung an die Firma ABS Betreuungsservice AG ? Wer entscheidet, ob die gesetzlichen Grundlagen betreffend Erhalt der Sozialhilfe gegeben sind ? Wie hat sich der Aufwand in der Sozialhilfe im ersten Halbjahr 2003 entwickelt ? Dies wäre für die Budgetierung für 2004 sehr wichtig. Gibt es Modellrechnungen ? Wer haftet für Auszahlungen, welche unrechtmässig erfolgt sind ? Die RPK-Mitglieder sind aufgerufen, diese Themen in erster Priorität zu behandeln. Wir akzeptieren die Rechnung.

Mike Wahli: Die Budgetierung für das Jahr 2002 ist, wie zu erwarten war, zu optimistisch ausgefallen. Die Mehrkosten im Sozialbereich haben ein deutliches Loch in die Kasse gerissen. Wenn die Rückstellungen in der Höhe von 40 % nicht eintreffen, dann gehen wir ganz schweren Zeiten entgegen. Wir brauchen bald einen Zwischenabschluss der laufenden Rechnung. Wir sind für Eintreten und stimmen dem Revisionsbericht zu.

Ruedi Handschin (mit Hellraumprojektor): Die Sozialkosten laufen uns davon. Bei einem Verlust im Jahre 2002 von CHF 1,3 Millionen und einem Eigenkapital von 1,6 Millionen per 31. Dezember 2002 resultiert ein budgetierter Verlust für das Jahr 2003 von CHF 280'000.—. Bei der Sozialhilfe haben wir gegenüber dem Budget einen Verlust von 1,3 Millionen, wobei dieser in einer einzigen Position, dem Konto 581.366 „Beiträge an private Haushalte“, resultiert. Die Steigerung ist bedingt durch die gesetzlichen Grundlagen und der markanten Steigerung der Unterstützungsfälle. Für das Jahr 2003 wurden 4,6 Millionen budgetiert. Wenn das so weitergeht, dann sind wir bald bei 6 oder 6,5 Millionen. Der zu erwartende Verlust allein in dieser einzelnen Position beträgt mit Sicherheit über 1 Million. Ich wage die Prognose, dass damit das Kapital aufgebraucht ist. Ich habe den Aufwand für die privaten Haushalte von 5,5 Millionen dem Steuereinkommen der natürlichen Personen gegenübergestellt. Das ergibt einen durchschnittlichen Aufwand pro Kopf von CHF 363.— gegenüber einem durchschnittlichen Steuereinkommen von CH 1'578.—. Das heisst, dass 23 % vom Steuereinkommen in eine einzige Position gehen, welche wir nicht im Griff haben. Wie stehen wir zu anderen Gemeinden betreffend der gesetzlichen Grundlagen und gibt es Einsparmöglichkeiten ? Gibt es Missbrauch ? Und wenn Ja, wie hoch ist dieser ? Wir dürfen nicht blind vertrauen und für die Zukunftsplanung brauchen wir verlässliche Zahlen. GR Max Hippenmeyer hat in seinem Votum gesagt, dass wenn man richtig budgetiert hätte, eine grössere Debatte geführt hätte. Damit hat er zugegeben, dass man wissentlich zu tief budgetiert hat. Aufgrund der vorliegenden Zahlen mit einem Verlust von 5,5 Millionen und einem Budgetbetrag von 4,6 Millionen ist dies gelinde gesagt fahrlässig. Wir wissen ganz genau, dass es nicht eintreffen wird. Wenn dies unabsichtlich geschehen ist, dann ist dies unverzeihlich. Wenn dies aber bewusst gemacht wurde, dann geht das in Richtung schwere Irreführung des Rates. Ich verlange, dass der Gemeinderat per Mitte Jahr die Zahlen für dieses Konto vorlegt, damit wir für das Jahr 2004 richtig budgetieren können.

Philipp Schoch: Die Rechnung zeigt, dass zu optimistisch budgetiert worden ist. Wir schauen aber in die Zukunft und ich hoffe, dass anlässlich dem „Runden Tisch“ der Gemeinderat und RPK auch die „heiligen Kühe“ (wie zum Beispiel die Gemeindepolizei und der Zivilschutz) diskutiert werden und uns hilft, die angespannte Finanzlage in Zukunft ein bisschen zu entschärfen.

GR Max Hippenmeyer: Nebst guten Ratschlägen sind auch „happige“ Vorwürfe gemacht worden. Das Sozialbudget liegt nicht nur in meiner Verantwortung. Es ist klar festzuhalten, dass die Sozialfälle um ein Drittel angestiegen sind! Heinz Schiltknecht hat diese Zusammenhänge sehr gut geschildert. Die Gesetze und Verordnungen werden mehrheitlich in Liestal gemacht. Der Hebel ist hier anzusetzen. Diese Entwicklung ist nicht „prattelnspezifisch“. Wir müssen die Möglichkeiten nützen, welche wir hier haben. Ich verweise auf das Parkplatzreglement und das Friedhofreglement mit den entsprechenden Verordnungen, welche viel früher Einnahmen generiert hät-

ten. Weitere Reglemente sind in Bearbeitung. Alle, auch der Gemeinderat, müssen sich einsetzen und in die gleiche Richtung gehen.

Kurt Lanz: Der Amtsbericht liefert die Zahlen und Statistiken. Hier finden Sie auch die Zahlen über die Entwicklung in der Sozialhilfe.

GR Elisabeth Schiltknecht: Es gibt bei den Sozialhilfebezügern nicht zwei Klassen und alle werden, sowohl bei der ABS als auch bei der Gemeinde, mit dem gleichen Gesetz und den gleichen Grundlagen behandelt. Die Entscheidung fällt die Sozialhilfebehörde und nicht der Sozialdienst oder die ABS. Missbrauch kommt nicht sehr oft vor. Bei Ausländern machen wir eine Meldung an die Frepo. Ausweisende Behörde ist die Frepo und nicht die Gemeinde. Betreffend Budget war der Gemeinderat hoffnungsvoller als die Sozialhilfebehörde. Die Sozialhilfebehörde hat den Trend bereits vorletztes Jahr erkannt. Damit das Budget etwas besser aussieht, kann man ein bisschen Kosmetik machen. Diese enorme Steigerung war aber nicht absehbar. Wir haben im Jahre 2002 ein Drittel mehr Fälle als im Jahre 2001 und dieser Trend geht leider weiter. Die Teuerung von 2 % wurde seit 1997 erstmals per Juni gewährt. Für höhere Kosten und Mieten kann die Sozialhilfebehörde oder die zuständige Gemeinderätin nicht verantwortlich gemacht werden. Im weiteren wurde das vorliegende Defizit nicht aufgrund der Teuerung oder der Kosten für Zahnbehandlungen aufgebaut.

Fredi Wiesner: Mich beschäftigt am meisten, dass wir seit 1999 im Konto 581.366 eine Zunahme von 1,7 Millionen verzeichnen und dass der Finanzausgleich um 2,4 Millionen tiefer ausgefallen ist. Bezüglich dem erwähnten Personal ist zu sagen, dass die ganze Bevölkerung davon profitiert. Der erwähnte Abbau bei der Öffentlichen Sicherheit finde ich schade. Nur mit Sparen kommen wir nicht weiter. Wir müssen auch Einnahmen generieren.

RPK-Präsident Urs Hess: Wir verlangen vom Gemeinderat bis zum „Runden Tisch“ eine Grundlage für eine Prognose in Form eines Zwischenabschlusses. Im weiteren sind wir der Meinung, dass ohne Finanzplan ein wichtiges Steuerungsinstrument fehlt. Ich verweise auf den RPK-Bericht.

Ruedi Brassel: Gemäss meiner Information hat man bei der Budgetierung gewusst, dass Mehrkosten im Sozialbereich anstehen. Dies war ein Beschluss zur Budgetkosmetik. Auch gewisse Einnahmen wurden zu hoch angesetzt. Wenn man den Ausführungen von Heinz Schiltknecht Beachtung schenkt, dann „lügen wir uns in den eigenen Sack“, wenn wir alles als Vergangenheit bezeichnen. Die erwähnten ausstehenden Steuerguthaben sind nicht Vergangenheit. Es ist problematisch, wenn man die gleiche Haltung wie beim Budget nun auch in der Rechnung einnimmt. Es stimmt, dass die meisten Bereiche von Bundes- und Kantonsgesetzen gesteuert werden. Ein besserer Finanzausgleich löst die Probleme aber auch nicht. Probleme können allenfalls dann gelöst werden, wenn die Steuerkonkurrenz zwischen den Gemeinden beendet und auch auf Bundesebene eine Steuerharmonisierung eingeführt wird. Hier ist nicht Konkurrenz, sondern Solidarität gefordert.

Heinz Schiltknecht (mit Hellraumprojektor): Bei der Sozialhilfe darf man nicht nur die Ausgaben, sondern man muss auch die Einnahmen, respektive die Rückerstattungen berücksichtigen. Ruedi Handschin hat nur die Ausgaben gezeigt. Aufgrund der Erfahrungen werden von der Rechnung 2002 bis zum Budget 2004 cirka CHF 250'000.— mehr Nettoausgaben resultieren. Das ist das Schicksal von Pratteln. Im Budget dürfen keine fiktiven Zahlen erscheinen, welche nichts mit der Realität zu tun haben. Wir müssen uns auf die Beträge konzentrieren, welche wir beeinflussen können. Ich befürchte, dass wir bis Ende Jahr das Eigenkapital aufgebraucht haben.

Mike Wahli: Wieviel von den fast 14 Millionen Steuerguthaben sind per Ende Mai 2003 bezahlt worden ?

AL Finanzen, Philip Staub: Die soft-ware-Umstellung hat auch einen gewissen Einfluss auf die Ausweisung der Zahlen. Aktuell konnten wir nur die Vorausrechnungen ausdrucken und verschicken. Wir sind deutlich im Rückstand und wir gehen davon aus, dass wir bis Ende 2003/Anfang 2004 diesen Rückstand wieder eingeholt haben. Der Eingang der Steuern bewegt sich im Rahmen der Vorjahre.

GR Max Hippenmeyer: Das von der Sozialhilfebehörde erhaltene Budget war nicht 1,4 Millionen höher!

://: Eintreten ist unbestritten

Kurt Lanz: Zur Seite 120/Konto 320.506.03. Hier steht: „aufgrund der fehlenden personellen Ressourcen konnten diese Aktivitäten nicht weitergeführt werden“. Wer ist in der Verwaltung dafür verantwortlich, der Firma IFAC den Auftrag zu geben, die Internet-Telefonie weiterzuverfolgen ?

GR Rolf Wehrli: Das hat nicht nur mit den personellen Ressourcen zu tun. Diese Technologie „steckt noch in den Kinderschuhen“ und wird zur Zeit von cirka zwei Gemeinden betrieben. Wir halten uns aber die Möglichkeit offen, dies allenfalls zu tun. Die dafür zuständige Person ist noch für andere Dinge verantwortlich.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

://: Gestützt auf den Prüfungsbefund der ROD Treuhand AG vom 20.05.2003 wird die Gemeinderechnung 2002 der Einwohnerkasse inkl. den Spezialfinanzierungen genehmigt.

Geschäft Nr. 2258

Neues Bildungsgesetz: Information und Beschlussfassung für die Bereiche Kindergarten und Schulrat sowie Änderung der Gemeindeordnung, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 3. Juni 2003 mit verschiedenen Beilagen.

ER-Präsident Stefan Löw: Die Schulpflege und der Schulrat sind darauf angewiesen, dass die Beschlüsse 1 – 2 genehmigt werden. Die Änderungen der GO müssen zweimal gelesen und können zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

GR Beat Stingelin erläutert mit dem Hellraumprojektor die einzelnen Punkte der Vorlage. Insbesondere die Themen Schulleitung, Schulrat, Schulsozialarbeit, Blockzeiten, Mittagstisch, Schulbesuch am Tagesaufenthaltort und Massnahmen zur Integration.

Schulbesuch am Tagesaufenthaltort: Das ist ein kritischer Punkt. Alle Leute, welche unzufrieden sind, haben tatsächlich die Möglichkeit, ihr Kind an eine andere Schule zu schicken. Mit der Begründung natürlich, dass der Tagesaufenthalt an diesem neuen Ort ist. Das kostet Geld und ich hoffe, dass wir dem mit einer guten Schule entgegenwirken können.

Massnahmen zur Integration: Hier hätten wir cirka drei Kindergärten eröffnen und Mehrkosten von cirka CHF 750'000.— tragen müssen. Wir haben beim Regierungsrat Peter Schmid vorgesprochen und einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Darauf hin hat Pratteln ein Pilotprojekt erhalten und das bedeutet für uns, dass Mehrkosten von cirka CHF 450'000.— anfallen. Wir erhoffen uns aber, dass wir als Pilotgemeinde eine zusätzliche Gutsprache vom Kanton erhalten.

Die Schulpflege der Primarschule bleibt so wie sie ist, heisst aber neu Ortsschulrat. Die Kindergartenkommission hat sich aufgelöst. Ein Mitglied wird jedoch mit beratender Stimme in der Schulleitung Einsitz nehmen. Bei den Neuwahlen im Jahre 2004 dürfen sich die Mitglieder der aufgelösten Kindergartenkommission bei einer allfälligen Kandidatur mit „bisher“ bezeichnen. Damit wir rechtlich abgestützt weiterarbeiten können, bitte ich Sie, die Beschlüsse 1 bis 2 zu genehmigen. Die Änderungen der GO können wir nach den Sommerferien beraten. Übrigens hat letzten Samstag die Vorstellung des Leitbildes im Kuspo stattgefunden. Die Teilnahme von nur zwei Einwohnerräten hat mich sehr enttäuscht, zumal immer von „unserer Schule“ gesprochen wird.

Urs Hess stellt den Antrag, die Sitzung abubrechen.

Abstimmung

://: Der Antrag von Urs Hess wird mit 23 : 15 Stimmen abgelehnt.

Ruedi Brassel: Die Beschlüsse 1 – 2 sind eine Konsequenz des Bildungsgesetzes und bilden die Grundlage, dass die neue Behörde ihre Arbeit nach den Sommerferien ordnungsgemäss aufnehmen kann.

Erika Schaub: Wir haben eine gute Primarschul- und Sekundarschulpflege und Kindergartenkommission gehabt. Es tut mir leid, dass von der Kindergartenkommission nur noch ein Mitglied Einsitz hat. Die Neukonstituierung ist nicht ganz „sauber abgelaufen“ und die Kindergartenkommission wurde quasi „ausgeladen“. Es hätte sicher Leute gehabt, welche weitergearbeitet hätten.

Urs Hess beantragt beim Punkt 2.2 und 2.3, dass der neue Ortsschulrat hälftig aus der ehemaligen Kindergartenkommission und Primarschulpflege gebildet wird.

Roland Pfäffli: Tatsache ist, dass die Kindergartenkommission einheitlich ihren Rücktritt bekanntgegeben hat. Das Thema wurde in der Kommission auch eingehend diskutiert. Alle Kommissionsmitglieder haben ihren Verzicht für eine Weiterarbeit erklärt. Wir haben auch ganz klar gesagt, dass wir hinter der neuen Organisationsform stehen und tatkräftig, in beratender Funktion, mitarbeiten werden. Es ist nicht so, dass wir „hinausgeekelt“ wurden.

GR Beat Stingelin: Ich bin froh über das Votum von Roland Pfäffli. Die Aussage von Erika Schaub ist schlicht eine Unterstellung, welche überhaupt nicht stimmt. Der Rücktritt der Kommissionsmitglieder ist schriftlich eingereicht worden. Das ist die Wahrheit und deshalb ist der Antrag von Urs Hess unnötig.

Abstimmungen

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

1. Kindergarten

://: 1.1 Der Einwohnerrat hebt das Kindergartenreglement vom 25. Mai 1992 per 31. Juli 2003 auf.

2. Schulrat

://: 2.1 Der Einwohnerrat löst die Kindergartenkommission per 31. Juli 2003 auf und setzt für die Wahrung der im Bildungsgesetz und in der Verordnung für den Kindergarten und die Primarschule geschilderten Aufgaben die bisherigen Mitglieder der Primarschulpflege ein.

2.2 Die Primarschulpflege wird ab 1. August 2003 unter der Bezeichnung Ortsschulrat geführt.

Walter Biegger beantragt, den Beschluss 2.3 mit „bis Ende der Amtszeit“ zu ergänzen.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 2.3 Der Einwohnerrat nimmt in zustimmendem Sinn Kenntnis, dass die bisherigen Mitglieder der Kindergartenkommission dem Ortsschulrat bei Fragen aus dem Bereich Kindergarten bis Ende der Amtszeit in beratender Funktion zur Seite stehen.

Verabschiedung des Einwohnerratspräsidenten Stefan Löw

Maya Wittwer: Lieber Stefan, vor einem Jahr habe ich Dir mit einem Kaktus, der symbolisch den Einwohnerrat darstellt, mein Amt übergeben. Der Kaktus hatte einen schneeweissen Bart und darunter verbargen sich ganz starke Stacheln. Genau so ist es doch im Einwohnerrat. Vor einem sitzen 35 nette Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, die relativ schwer anzupacken sind, weil man nie weiss wann sie die Stacheln zeigen. So musstest Du immer vorsichtig abschätzen, wie Du sie jetzt anpacken sollst. Manchmal ist es Dir gut gelungen, aber manchmal hast Du auch die Stacheln zu spüren bekommen und manchmal hatten sie das Gefühl sie wüssten alles viel besser als Du. Dein Jahr ist vorbei und es gab sicher tolle Erlebnisse an die Du Dich gerne erinnern wirst und es gab sicher auch Dinge, die weniger erfreulich waren. Ich schätze Dich als positiv eingestellten Menschen. So werden Dir in Zukunft nur noch die tollen Erlebnisse in Erinnerung bleiben und die andern wirst Du rasch vergessen. Mir persönlich wird der Einwohnerratsausflug immer in bester Erinnerung bleiben. Ich möchte Dir im Namen des Einwohnerrats für Deine Arbeit, die Du in Deinem Jahr als Einwohnerratspräsident geleistet hast, ganz herzlich danken. (*Applaus*)

Einwohnerratspräsident Stefan Löw: Ich möchte allen ganz herzlich danken. Dem Einwohnerrat, dem Gemeinderat, dem Büro und Bruno Helfenberger für die grosse, kollegiale und konstruktive Unterstützung. Die vielen Kontakte mit den verschiedenen Vereinen und Menschen waren in diesem Jahr eine ganz grosse Bereicherung. Ich möchte aber auch meiner Familie danken für ihre grosse Unterstützung und für ihre Toleranz in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit. (*Applaus*) Man lernt viel in dieser Zeit. Erlauben Sie mir einen Appell an den Einwohnerrat: ich bitte Sie, die wichtige

Arbeit in den Fraktionen zu pflegen und die Voten im Rat nicht unnötig zu wiederholen. Es stehen viele Geschäfte an und helfen Sie Aldo Pavan, diese Aufgabe gut zu lösen. Ich gratuliere den neuen Büromitgliedern herzlich zur Wahl und überreiche Aldo ein symbolisches Geschenk in Form eines Bisquits: Es ist ein ausgesprochen politisches „Gutzi“. Es ist rund, sehr hart aber auch süß und beim Verzehr muss man sich Zeit lassen. (*Applaus*)

Die Sitzung wurde um 22.25 abgebrochen.

Pratteln, 1. Juli 2003

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Stefan Löw Bruno Helfenberger